

Hunderte Eltern, Lehrer, Erzieher und Schüler sind gestern in mehreren Städten Sachsens auf die Straße gegangen, um gegen Lehrermangel in Schulen und für einen besseren Betreuungsschlüssel in den Kitas zu kämpfen. Manche der Teilnehmer waren - wie die im Foto Abgebildeten - bereits seit Sonntag mit dem Rad, von Zwickau kommend, auf Tour. Vor dem Kultur- und Finanzministerium machten sie Station, dann zogen sie zum Wahlforum der Wohlfahrtsverbände in die Dresdner Dreikönigskirche.

Foto: Ronald Böck



„Wir brauchen das Geld auch“

Sachsen nimmt kräftig Steuern ein. Eltern wollen im neuen Doppelhaushalt mehr Stellen für Lehrer und Erzieher.

VON THILO ALEXE

Eineinhalb Stunden Haushalt und dann das: Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) lächelt bei der Etat-Presskonferenz plötzlich hinterlistig und verrät, wie einfach das politische Geschäft sein kann. Auf die Frage, ob der von ihm verantwortete Entwurf für die kommenden beiden Jahre nach der Wahl auch so umgesetzt werden kann, antwortet er süffisant. Für alle, „die sich um eine Regierungsarbeit bewerben“, gelte das in der Verfassung fixierte Neuverschuldungsverbot. Soll heißen: Wer Förderungen hat, muss anderswo streichen. Soll aber auch heißen: Wer keine neuen Kredite aufnehmen will, ist der CDU willkommen. Neben dem aktuellen Partner FDP also Grüne und vor allen Dingen wohl die SPD. Seit gestern jedenfalls ist im Groben klar, was die Regierung dem neuen Landtag zum Beschluss vorlegen wird.

► **Steuereinnahmen als Fundament**
Sachsens Haushalt hängt immer stärker von Steuern ab. Zuweisungen wie die aus dem Solidarpaket oder von der Europäischen Union sinken dagegen. Da die Steuereinnahmen derzeit steigen, ist die Lage für Sachsen komfortabel. Allerdings warnt Finanzminister Georg Unland (CDU) mit

Blick auf geringer werdende Fördermittel: „Wir brauchen das Geld auch.“ Im kommenden Jahr nimmt Sachsen voraussichtlich mehr als 17 Milliarden ein, davon etwa zwölf aus Steuern. 2016 sind es der Finanzplanung zufolge knapp unter 17 Milliarden Euro. Bislang kompensiert der Zuwachs bei den Steuern das Minus bei Solidarpaket und EU-Mitteln. „Dies ist nur möglich, weil wir solide haushalten und die Wirtschaft in Sachsen brummt“, sagt Tillich. Ändert sich das, kommen auf das Land wie beim vorvorigen Doppelpaket wieder Kürzungen zu.

► **Elf Milliarden Euro für Kommunen**
Bautzen, wohin sich das Kabinett zur Haushaltsklausur zurückgezogen hatte, ist finanztechnisch offenbar eine glückliche Stadt. Sie ist je Einwohner nur mit 20 Euro verschuldet, wie Tillich unter Hinweis auf dortige Rathausangaben sagt. Berechnet auf ganz Sachsen liegt die Pro-Kopf-Verschuldung mit 2.800 Euro freilich höher, auch wenn das im Ländervergleich der zweitniedrigste Wert ist. Wie in den Vorjahren will die Regierung jeweils 75 Millionen Euro an Verbindlichkeiten tilgen. Mehr als elf Milliarden Euro sieht der Doppelhaushalt an Zuweisungen für Kommunen vor. Ein knappes Drittel, mehr als zehn Milliarden Euro, sollen für Bildung, For-

schung und Hochschulbau fließen. Die jährlichen Personalausgaben liegen bei etwas mehr als vier Milliarden Euro.

► **Höchste Investitionsquote angestrebt**
Im strebsamen Ost-Musterlände sollen mehr als 17 Prozent des Etats investiert werden, was bundesweit wohl Spitze wäre. Rechnet man die Mittel aus der Fluthilfe dazu, liegt die Quote noch höher: Rund 800 Millionen Euro sollen zur Gründung und Förderung innovativer Klein- und Mittelständler bereitgestellt werden. Wirtschaftsminister Sven Morlok (FDP) kündigt zudem ein Sofortprogramm von 50 Millionen Euro zur Straßensanierung an. Zuweisungen für Verkehrsverbände sollen steigen. 200 Millionen Euro sind für moderne Internet-Breitbandverbindungen eingeplant. Mit Blick auf die Mikrochip-Branche will Morlok bis zu 200 Millionen Euro einsetzen, um so Fördermittel von maximal 1,4 Milliarden Euro einzuwerben.

► **Mehr Geld für Krankenhäuser**
Auf dem CDU-Parteitag hatte es Tillich bereits geschickt verkündet. Statt 300 sollen 400 Polizeianwärter jährlich eingestellt werden. Doppelt so viele Landesmittel wie bislang (252 Millionen Euro) sollen in Krankenhäuser investiert werden. Zusätzlich

zum Bundesbetreuungsgeld soll das Landeserziehungsgeld weiter bezahlt werden. Geplant sind zudem mehr Mittel für das Kulturraumgesetz, wovon vor allem ländliche Regionen profitieren.

► **Kritik von Eltern und der Opposition**
Trotz solider Zahlen stößt der vorläufige Entwurf nicht nur auf Zustimmung. In Dresden, Bautzen und Leipzig kritisieren Elternvertreter bei Demonstrationen, dass trotz mehr Mitteln für Kitas der Personalschlüssel bei der Betreuung nicht erhöht wird. Zudem beklagen sie Lehrermangel. In der vergangenen Woche hatten Studenten Stellenabbau bei Hochschulen bemängelt. Für SPD-Fraktionschef Martin Dulig steht der Entwurf unter dem Motto: „Verwalten statt gestalten“. Sein Linken-Kollege Rico Gebhardt betont: „Ohne eine Erhöhung der Schrittzahl und neue Ideen wird der chronische Rückstand bei Wirtschaftskraft, Einkommen und vielen Sozialstandards nicht aufzuholen sein.“ Für Antje Hermenau (Grüne) reichen Mehrausgaben im Bildungsbereich nicht aus, um frühere Fehler zu korrigieren. Mag sein, dass alle ein Bonmot von Unland ein wenig beruhigt. Seit dem gestrigen Steuerzahlertag arbeiten die Deutschen 2014 nicht mehr für den Fiskus, sondern für das eigene Konto.